

## BAWO Fachtagung 2014 - AK Zugang zu leistbarem Wohnen

Das Thema ist heiß – entsprechend vorsichtig gestalten sich auch diesbezügliche Herangehensweisen der politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen.

Aber auch die Wohnungslosenhilfe steht der Problematik eher noch unschlüssig gegenüber und muss einen länderübergreifenden Konsens finden.

Thesen, über die wir dazu im Arbeitskreis reden sollten und die ihr frei ergänzen könnt.

Entsprechend der sich vergrößernden Schere bei den Einkommensentwicklungen macht sich auch bei der Verfügbarkeit von und beim Zugang zu leistbarem Wohnraum eine steigende Polarisierung bemerkbar.

Menschen mit niedrigen Einkommen und/oder Unterstützungsbedarf werden auch zu einer immer größer werdenden Problemgruppe bei der Wohnversorgung.

Immer weniger erschwingliche Wohnungen konzentrieren sich auf immer kleiner werdende „Wohnräume“. Diese Segregation sozial und wirtschaftlich benachteiligter Menschen manifestiert und fördert Problemlagen.

Aus Sicht der Wohnungslosenhilfe bedeutet dies (keine taxative Aufzählung!):

- Steigende Zahl von wohnungssuchenden Personen mit Unterstützungsbedarf
- Steigende Zahl von gefährdeten Haushalten verursacht durch überdurchschnittliche Steigerungen bei den Wohnkosten (Miete +BK + Energie)
- Immer mehr Personen können oftmals trotz aufrechter Beschäftigungsverhältnisse die Einstiegskosten (Kaution, Baukostenzuschuss, Einrichtung...) nicht aufbringen
- Die Wohnversorgung konzentriert sich auf einige wenige zumeist städtische Bauvereinigungen
- Bauvereinigungen und Gemeinden entwickeln Schutzmechanismen „gegen“ Menschen mit Niedrigeinkommen
- Aktueller Wohnbau nimmt wenig Rücksicht auf die Bedürfnisse dieser Bevölkerungsgruppe bzw. ist damit oftmals überfordert
- Der Arbeitsmarkt fordert Mobilität - beim raschen Zugang zu gefördertem Wohnraum ist jedoch zumeist die Gemeindegrenze das Maß aller Dinge
- MigrantInnen werden teilweise nur wohnversorgt, wenn sie eine Fülle unterschiedlichster Bedingungen erfüllen (Beschäftigung, langfristig im Ort gemeldet, Ansuchen auf Staatsbürgerschaft gestellt..). Sind wirklich alle MigrantInnen Problemhaushalte?

Müssen wir die Genossenschaft neu erfinden?